



Jux-Parkschild im Örtchen Rachel (Nevada), in der Nähe der Area 51, die in den Köpfen vieler Amerikaner mit der Landung von Ausserirdischen verknüpft ist.

JIM UROUHART / REUTERS

Ufos – könnte sein, was nicht sein kann?

Unidentifizierte Flugobjekte, in denen Ausserirdische der Erde einen Besuch abstatten, galten lange als Phantasmen von Aposteln oder Narren. Nun soll die Sache endlich amtlich seriös werden. Gastkommentar von Manfred Schneider

In früheren Zeiten begaben sich die Götter bisweilen aus ihren himmlischen Wohnstätten auf die Erde und hinterliessen dort Zeichen und Wunder. So zogen ältere heidnische Götter in den Südwesten Englands und stapelten in Stonehenge gigantische Steinblöcke aufeinander; oder der Göttervater Zeus zeugte mit sterblichen Frauen Weltverbesserer vom Riesenformat eines Herkules; oder der biblische Gott überreichte Moses am Berg Sinai ein kleines Regelbuch mit zehn nützlichen Tipps für soziales Verhalten. Nach den österlichen Wundern wurden in der christlichen Welt solche Auftritte seltener. Lediglich einige Märtyrer und Heilige berichteten davon. Aber ihre Visionen, Wunderheilungen und Stigmatisierungen wurden nicht mehr einfach als Götterzeichen angenommen, sondern Bischöfe und die römische Kongregation prüften diese Berichte kleinlich. Von den vielen tausend Wunderheilungen an der Wallfahrtsstätte in Lourdes wurden nicht einmal hundert als Mirakel anerkannt.

Die Dinge sind schwierig geworden, vor allem seit die höchsten Lüfte nicht mehr Göttern und Vögeln gehören. Im Jahr 1961 bereiste Juri Gagarin als erster Kosmonaut den Himmel, und er kehrte mit der Botschaft zurück, dass er dort oben weit und breit keinen Gott gesehen habe. Aber hatte Gagarins trübes Kommunistenauge wirklich in alle Winkel des Kosmos gespäht? Längst hat sich das menschliche Sehvermögen mit mächtigen optischen Geräten bewaffnet, die tiefer, weiter und genauer als der Kosmonaut vor sechzig Jahren sehen können. Daher werden wir in diesen Tagen mit aufregenden technischen Bildern bedient, die zeigen, wie sogenannte «unidentified aerial phenomena» (UAP) durch den Weltraum sausen. Und mancher ist geneigt, diese Bilder und Videos als Zeugnisse für mysteriöses oder spirituelles Geschehen am Himmel zu nehmen. Das Material stammt von amerikanischen Navy-Piloten, die in ihren F/A-18 Super Hornets den heimischen Luftraum überwachen und die UAP-Objekte teils mit Handys, teils über hochintelligente Infrarot- und Radarsysteme eingefangen haben. Lt. Ryan Graves, der zehn Jahre in den F/A-18 Super Hornets unterwegs war, berichtet, dass er und seine Kameraden die rätselhaften Objekte täglich gesehen hätten, und er schwört, dass sie bei ihren Beobachtungen völlig nüchtern gewesen seien.

Die Ufo-Aufregung hat eine gewisse Ähnlichkeit mit Grippewellen, da sie uns alle paar Jahre überfällt und dann weltweit regierungsamtliche Untersuchungen auslöst. Doch dabei spielen sich auch Dramen ab. Denn die von den Regierungen eingesetzten UAP-Kommissionen arbeiten ähnlich kleinlich und ungläubig wie Bischöfe, und den Ufo-Aposteln geht es nicht viel besser als den Frommen, die Gott, Jesus oder anderen heiligen Geistern begegnet sein wollen. Während die Zeugen der Götterbesuche früher nicht selten als Häretiker, Hexen oder Idioten endeten, müssen die UAP-Zeugen unserer Tage mit behördlicher Missachtung rechnen. Einer von ihnen ist der Spezialist der Gegenespionage, Lue Elizondo, der jahrelang in dem von Senat und Pentagon finanzierten Advanced Aerial Threat Identification Program tätig war. Als die

Die Paranoia möchte sowieso keine Beweise.

Ihr genügen winzige Zeichen wie die auf Elizondos Videos herumgeisternden Pünktchen.

Untersuchung 2017 ergebnislos beendet wurde, übergab Elizondo der «New York Times» einige der Bilder und Videos von Ufos, die jetzt einen erneuten Bericht der amerikanischen Regierung nötig machten. Nun gehen nicht nur die Videos mit den anscheinend präzise identifizierten Objekten um die Welt, sondern durch die amerikanischen Medien läuft auch das Bild des Apostels Elizondo. Er nutzt jeden dieser Auftritte für die Klage, dass er als besorgter Ufo-Beobachter und Whistleblower von der Regierung mit Verachtung und Repressalien gestraft werde.

Mit seinem Ziegenbart und seinen tätowierten Oberarmen erkennt ihn jeder mitfühlende Blick sogleich als Gezeichneten. Aber es ist noch nicht klar, ob der Stigmatisierte als Apostel oder als Narr aus der Geschichte hervorgeht. Denn der Sinn der Amerikaner für Paranoia und Wahn liebt solche Männer, die ein höheres Gespür für Gefahr und Geheimnis beseelt. Und selbst wenn es nicht von Göttern oder Ausserirdischen gelenkte Flugkörper sind, die sich den F/A-18 Super Hornets so frech genähert haben, muss damit gerechnet werden, dass die Feinde Amerikas in Nordkorea, Russland oder China an Amerikas Himmel neue Waffen erproben.

Die Paranoia möchte sowieso keine Beweise. Ihr genügen winzige Zeichen wie die auf Elizondos Videos herumgeisternden Pünktchen. Genau besehen, haben sie die Form von Pyramiden. Zwar erklärt die amerikanische Regierung in ihrem eben veröffentlichten Bericht, dass es keine Evidenz für die mysteriösen UAP gebe oder dafür, dass sie von feindlichen Mächten (Aliens oder Chinesen) stammen; aber sie könne es auch nicht ausschliessen. Das ist die kleine Pforte für den Wahn. Oder öffnet sich da vielleicht auch ein Türlein für die fromme Vermutung, dass sich doch noch einmal die Götter auf den Weg gemacht haben? Dass sie, statt gigantische Steinblöcke aufeinanderzuzuwachen, in Minipyramiden umhersausen, um uns und unseren säkularen Unglauben zu necken?

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Einmal mehr steht das politische Amerika vor einer Wegkreuzung. Soll die Stürmung des Kongresses am 6. Januar 2021 von einer parteiübergreifenden Kommission untersucht werden oder nicht? Während alle Demokraten im Abgeordnetenhaus und 30 Republikaner für eine Einsetzung votierten, stimmten fast alle Republikaner im Senat dagegen.

Lediglich 6 Republikaner stimmten dafür, mindestens 4 weitere Stimmen wären zur Überwindung des Filibuster-Sperrvetos von 60 Stimmen erforderlich gewesen. «Der Mehrheit muss ein Riegel vor der Unterdrückung der Minderheit vorgeschoben werden (...), und es ist gut, dass wichtige Gesetzesvorhaben nicht mit einer einfachen Mehrheit auf dem Wege des budgetären Versöhnungsverfahrens den Senat passieren», sagte der republikanische Minderheitsführer Mitch McConnell. Fragt sich, für welche wichtigen Gesetzesvorhaben mit nichtbudgetärem Charakter derzeit im Senat 60 Stimmen zu bekommen sind. Sicherlich nicht für die bereits vom Abgeordnetenhaus mit einfacher Mehrheit verabschiedete Wahlrechtsreform noch für die von Präsident Biden angekündigten Energie-, Klima- und Infrastrukturgesetzesentwürfe. All diese Vorhaben sind zum Scheitern verurteilt, wenn der Senat an Filibustervoten festhält.

Zur Abschaffung des Filibusters bedarf es dagegen lediglich der einfachen Stimmenmehrheit. Aber selbst diese ist zurzeit nicht in Sicht. Zwar verfügen die Demokraten zahlenmässig über die faktische Mehrheit im Senat, rechnet man die patt-auflösende Stimme von Vizepräsidentin Kamala Harris dazu, aber dies setzt immer voraus, dass sich alle 50 Demokraten im Senat einig sind.

Diese notwendige Einstimmigkeit konnte der demokratische Mehrheitsführer Charles Schumer bisher jedoch nicht herstellen. Senator Joe Manchin aus West Virginia hat sich jüngst in einem Meinungsartikel in der «Washington Post» darauf festgelegt, unter keinen Umständen für die Abschaffung oder Schwächung des Filibusters zu

USA erleben Auszehrung des politischen Diskurses

Der politischen Kultur der USA täte es gut, wenn Republikaner und Demokraten der mit dem Regierungsmandat ausgestatteten Partei Gelegenheit gäben, Gesetze mit einfachen Mehrheiten in beiden Kammern zu verabschieden.

Gastkommentar von Erich Vogt

stimmen. Es sei an der Zeit, so Manchin, die politischen Spielereien zu beenden und eine neue Ära der Überparteilichkeit einzuläuten. – Ein Blick zurück in die 180-jährige Historie des Filibusters zeigt, dass es dem Senat zu keiner Zeit um den hehren Minderheitenschutz ging, noch um das unbegrenzte Rederecht. Es ging vielmehr immer ums Eingemachte, um die Aufrechterhaltung der Rassenrennung. Der Filibuster war immer das designierte Instrument der Südstaatensensoren, die Reform der Bürgerrechte zu torpedieren und die schwarze Minderheit auf Dauer zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren. Darüber hinaus sollte er

wo immer möglich auch alle anderen Gesetzesvorhaben blockieren.

Wenn der Kongress in seiner Gesamtheit keine Gesetze mehr verabschieden kann, bleibt Präsident Biden nur noch das Mittel, auf dem Weg der Präsidentenverfügung (executive orders) die totale Lähmung der politischen Arbeit zu verhindern. Aber Verfügungen ersetzen nicht das legislative Mandat, das Bidens grosses Reformpaket benötigt. Auch werden sie in der Regel vom politischen Gegner nach Übernahme der Regierungsgeschäfte durch neue Verfügungen wieder ausser Kraft gesetzt.

Dass der Kongress derzeit nicht in der Lage ist,

überparteilich zu arbeiten, haben die letzten Jahre gezeigt. Tatsache ist, dass das Land (und nicht nur Washington) tief gespalten ist. Demokratien sind jedoch nur dann lebens- und entwicklungsfähig, wenn sie glaubhaft mit der Akzeptanz der in Wahlen unterlegenen Parteien, Politiker und Wähler rechnen können und wenn diese sich ungeachtet hart geführter Wahlkampagnen darauf verlassen können, eines Tages wieder die politischen Geschicke massgeblich mitzugestalten.

Seit der Wahl von Trump 2016 und seinem Festhalten an der Mär, ihm sei die Präsidentschaft gestohlen worden, gilt dieses Selbstverständnis nicht mehr. Was Amerika heute durchlebt, ist eine Auszehrung des politischen Diskurses, in deren Gefolge politische Gegner zu Feinden mutieren und politische Normen und Sitten verrohen. Die Dämonisierung des politischen Gegners hat zum Ziel, die Regierungsfähigkeit des Staatsapparates zum Erliegen zu bringen. Die «bipartisanship» öffnet in einer Zeit der politischen Hyperpolarisierung und der Lähmung des politischen Geschäftes populistischen und autoritären Führergestalten Tür und Tor. Der politischen Kultur der USA täte es gut, wenn Republikaner und Demokraten der mit dem Regierungsmandat ausgestatteten Partei Gelegenheit gäben, Gesetze mit einfachen Mehrheiten in beiden Kammern zu verabschieden. Am Ende der Wahlperiode könnten die Wähler dann erneut entscheiden, wer sie die nächsten vier Jahre regieren soll.

Die Abschaffung des Filibuster-Sperrvetos würde natürlich nicht ohne weiteres in eine Kompromiss-Euphorie münden. Doch ohne die destruktive legislative Blockadewirkung könnten ambitionierte Gesetzespakete wenigstens durch einfache Mehrheiten verabschiedet werden. Dies würde ein normales Miteinander von Exekutive und Legislative sicherstellen.

Erich Vogt ist Politikwissenschaftler und lehrt an der Umweltfakultät der University of Toronto.